



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 24/2024

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften der Landes- und Kommunalbediensteten
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb Landesvorstandes
- b) dbb Ehrenvorsitzende
- c) dbb Ehrenmitglieder
- d) dbb Kassenprüfer
- e) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz

Mainz, 13.11.2024
he/--

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch mit der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz am 12.11.2024;

Öffentlicher Dienst braucht Aufgabenkritik, Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau, Effizienzsteigerung und gut gemachte Digitalisierung im Dialog mit dem Personal

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu einem ausführlichen Gespräch über die Lage des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz sowie über den aktuellen Landeshaushaltsentwurf 2025/2026 war die Landesleitung am 12.11.2024 zu Gast bei der FDP-Landtagsfraktion.

Mit Blick auf den Landeshaushaltsentwurf tauschten sich die Gesprächsparteien zunächst über den darin angelegten Stellenaufwuchs aus. Aus Gewerkschaftssicht ist es problematisch, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Durchgängig erforderten immer kompliziertere Gesetze einen aufwändigen Vollzug; wo ehemals vier Mitarbeitende die Aufgaben erledigt bekommen hätten, reichten heute oftmals zwölf Teammitglieder nicht aus.

Der FDP-Fraktionschef Philipp Fernis bestätigte verschärfte Konkurrenz und Kannibalisierung um ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotential.

Umso wichtiger sei die konsequente und mit dem Haushaltsentwurf auch finanzierte Schaffung einer starken Arbeitsgeberdachmarke für den Landesdienst.

Die dbb Delegation will eine wirkliche Aufgabenkritik und warb dafür, neben dem Marketing auch monetäre Schritte zur Image-Optimierung im öffentlichen Dienst zu nutzen. Gefordert wurde eine „Anwärterinitiative on top“ mit Anhebung der Anwärterbezüge und Lösungen für verbesserte Reisekosten- sowie Trennungsgeldzahlung und Wohnungsfürsorge.

Um Abwerbungen einen Riegel vorzuschieben, brauche es auch eine höhere Profession in Führung, Verantwortungsübernahme müsse sich lohnen, berufliche Perspektiven müssten erweitert werden.

Für die FDP-Landtagsfraktion stimmte Philipp Fernis zu, dass insbesondere bei der Akquise von Bewerberinnen und Bewerbern für die dritte Einstiegsamtsebene eine Unterfütterung mit Anreizen sowohl monetärer Natur als auch hinsichtlich der Beschäftigungsrahmenbedingungen angezeigt sei.

Statt dabei konkret zu werden, schlug er eine mittelfristige (Besoldungs-) Strukturveränderung vor. Der aktuelle Haushaltsentwurf weise allerdings keine finanziellen Spielräume auf, die entsprechend genutzt werden könnten.

Erneut forderte die dbb Delegation die Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale sowie die Anpassung und Dynamisierung der beihilfenrechtlichen Einkünftegrenze für berücksichtigungsfähige Ehe-/Lebenspartner. Begründet wurde das mit verwaltungsvereinfachendem Bürokratieabbau und überschaubarem finanziellen Aufwand.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende zeigte sich zu beiden Punkten verständnisvoll, verwies aber insbesondere hinsichtlich der Kostendämpfungspauschale auf die aktuelle Haushaltslage vor dem Hintergrund der andauernden Konjunkturdelle. Der Haushaltsentwurf vertrage kein Drehen an nur einer weiteren strukturellen Schraube. Mit der kürzlichen Anpassung von Besoldung und Versorgung sowie dem gleichzeitigen Attraktivierungspaket sei im finanziellen Dienstrecht viel zum Wohle der Alimentationsempfänger getan worden, für weitere Schritte bräuchte es das richtige Zeitfenster.

Ausgetauscht wurde sich während des Gesprächs über Digitalisierung im öffentlichen Dienst. Es besteht zwischen den Gesprächsparteien Einvernehmen, dass Digitalisierung wichtiges Mittel zur Aufgabenbewältigung und Arbeiterleichterung im öffentlichen Dienst sei. Sie gelinge nur im Dialog mit dem Personal.

Die dbb Delegation forderte durchgängig mehr und qualifiziertes Fachpersonal zur Pflege von IT-Infrastruktur, insbesondere an Schulen. Kritisiert wurden IT-systematische Doppelungen und Fehleranfälligkeiten.

Ein eingehender bildungspolitischer Austausch schloss sich an, in dem die beiden stellv. dbb Landesvorsitzenden Lars Lamowski und Robert Tophofen mit Blick auf Kitas und Schulen vor Deprofessionalisierung warnten und für bessere Rahmenbedingungen einstanden.

Philipp Fernis sprach seinerseits von Vollkasko mentalität bei allen Schulbeteiligten, wodurch risikomanagementverwandte Lösungen wie angeleitete Betreuung vielleicht vorschnell abgelehnt würden.

Mit Blick auf allgegenwärtige Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst warb die dbb Landesleitung für die Einführung einer Angriffsentschädigung als zusätzliche, einkommensteuer- und pfändungsfreie Unfallfürsorgeleistung im Dienst und belegte die Forderungsbechtigung mit Praxisberichten.

Philipp Fernis zeigte sich bei Verständnis für das Grundproblem der Verrohung der Gesellschaft reserviert gegenüber dem Vorschlag. Einigkeit bestand hinsichtlich der kritikwürdigen Rolle, die soziale Medien als Treiber von Enttäuschung, Wut und Aggression spielen.

An dem Gespräch nahmen von der FDP-Landtagsfraktion deren Vorsitzender Philipp Fernis sowie der Fraktionsreferent Dr. Andreas Riegler (Inneres, Sport und Landesplanung) teil.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz wurde begleitet von den stellv. Landesvorsitzenden, Johanna Mieder, Lars Lamowski und Robert Tophofen sowie Landesgeschäftsführer Malte Hestermann.

Mit freundlichen Grüßen



Lilli Lenz
Landesvorsitzende